

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Veranlagungssteuer zu den pro Seite 25 Pf. — Reichssteuer werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Riemelhauer Straße 33—42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altkreuz Bochum.

Erfolghene Lichte.

Schmückt ihr wieder nun die grauen Räume
Mit dem Grün des Waldes, schlaufe Bäume?
Gured Atems Hauch erfüllt die Luft
Und durchwärt das Haus mit Tannenduft.
Will erwecken, was verblühen war:
Unser Traum heit're Feiertag
Und des Herzens frohschwüngen Schlag:
Weihnacht, Seele! Licht- und Freudentag!

Und du schauft erkannt und nicht verstanden:
Ist wie immer nicht der Baum umspannen?
Was die andern tragen, trägt auch er:
Ketten ranken bunt sich um ihn her;
Silberhaar umgänzt ihn hart und hold,
Von den Zweigen raschelt Flittergold,
Muntere Sterne schaukeln leicht am Band —
Alte der alte, liebe dumme Land!

Al die alten, längstvertrauten Dinge,
Weihnacht, Seele, heb dich auf und klinge!
Fühle wieder und sei jung und kind —
Oder ward dein Auge alt und blind?
Suchend ruht dein Blick wohl auf dem Baum;
Suchend wandert er wohl durch den Raum;
Eine Frage geistert in die Zeit:
Licht- und Freudentag — und Dunkelheit?

Weihnacht, ja, du quillst aus allen Zweigen,
Doch wo ist der Herzen heller Meigen?
Ach, wie matt der Schein im Sterne blinkt
Und der Klang mit finstren Schallten ringt.
Eilig greift um all den bunten Land
Eine unsichtbare dunkle Hand,
Die den Schimmer hart und kalt zerbricht...
Weihnacht, Seele? Und so arm an Licht?

Weihnacht, Weihnacht — und die Mörser bröhnen.
Sprach ein Gott nicht eh' mals von Verlorenen,
Was jetzt Kinderlippen sammelnd fallen:
Und den Menschen hier ein Wohlgefallen!
Funkteln blüht ein Strahl vom Schwerterkauf —
Dunkle Linden klaffen uns auf,
Tannen duften, und das Eisen zischt.
Feuer loht — doch Licht um Licht erlischt.

Von Ernst Bergang.

Was Arbeiter heute verdienen.

Unter dieser Ueberschrift berichtet das konservative Pastorenblatt der „Reichsbote“, Berlin, Morgenausgabe vom 7. Dezember 1917:

„Vor dem Schiedsgericht der Metallindustrie klagen mehrere Arbeiter über verminderten Verdienst bei Stückarbeit. Es wurde dann festgestellt, daß ein einzelner Arbeiter wöchentlich im Akkord 380 Mark verdient hatte, d. h. über 16 500 Mark im Jahre, und das war den Klägern noch zu wenig, weil sie schon 850 Mark und darüber die Woche erhalten hätten.“

Nähere Angaben werden nicht gemacht, so daß eine Nachprüfung unmöglich ist. Wenn überhaupt etwas Wahres an dieser Darstellung ist, dann handelt es sich selbstverständlich nur um Einzel- und Ausnahmefälle, die in solcher Weise nicht verallgemeinert und auf das ganze Jahr berechnet werden dürfen. Es ist wirklich mehr als gewagt, den Jahreslohn nach einzelnen, zufällig hohen Wochenlöhnen, zu berechnen. In dieser Art Berichterstattung liegt aber Methode! So wird nach und nach in der Öffentlichkeit die völlig falsche Meinung erweckt, daß die Arbeiterlöhne übermäßig hoch und an den Wucherpreisen mit schuld seien.

Dieselbe Methode befolgt auch der katholische Geistliche, Prälat und Professor F. S. Schütz aus Köln, der in einer Broschüre, betitelt: „Das fortgeschickte Ginnassschrauben der Löhne, die Höchstlöhne und Höchstpreise sind ein gemeingefährlicher Wucher“, sogar schreibt, der Arbeiter drohe mit Streik, halte seine Arbeitskraft zurück, genau so, wie der Ganster seine Ware, um seinem Arbeitgeber eine Herausgabe zu erzwingen, die schließlich in gar keinem Verhältnis mehr zu dessen Einnahmen ständen; dieser Zwang sei nichts anderes als Wucher. Die Löhne seien während des Krieges berart gestiegen, und ohne gewerkschaftlichen Zwang hätten diese Arbeitgeber dieselben um 200—300 Prozent erhöht, daß der Arbeiter wohl zufrieden sein könne.

In dieselbe Kerbe haut der Münchener Professor Josef W. Kurinel, der in der „Münchener Westfälischen Zeitung“ vom 20. August 1917 schreibt, die Arbeiter und die ganz großen Kriegsgewinnler hätten ihren Verdienst so gesteigert, daß sie wenn es darauf ankomme, schließlich jeden Preis zahlten, den Mittelstand und selbst hohe Staatsbeamte mit Einkommen zwischen 3600 bis 12 000 Mark nicht mehr zahlen könnten.

Nachdem die Stimmung in solcher und ähnlicher Weise vorbereitet ist, läßt die „Berliner Vorkriegszeitung“ vom 12. 8. 1917 die Rede aus dem Munde, indem sie schreibt, daß die enorme Steigerung der Selbstkosten in der Kohlen- und Eisenindustrie hauptsächlich eine Folge der um mehrere hundert Prozent erhöhten Arbeiterlöhne sei. Allen nicht unbedingt gerechtfertigt erscheinenden Lohnforderungen müsse daher mit Nachdruck, eventuell mit staatlichen Zwangsmahnahmen entgegengetreten werden.

Also, die um mehrere hundert Prozent gestiegenen Arbeiterlöhne sind schuld an den hohen Preisen, darum — Staat hilf mit Zwangsmahnahmen! So will man den Staat zum Mittel der Scherkmacherei machen und findet dabei leider die stärkste Stütze in dem großen Heer der unorganisierten Arbeiter. Naturgemäß werden dadurch den Arbeiterorganisationen ihre Aufgaben ganz ungeheuer erschwert.

Was Arbeiter heute verdienen, ergibt sich am besten aus dem amtlichen Nachweisung der Vergarbeiterlöhne bis zum 3. Vierteljahr 1917, veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ vom 8. Dezember 1917. In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens gestaltete sich danach der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht je im 2. Vierteljahr 1914 bis 1917 und im 3. Vierteljahr 1917 wie folgt (in Mark):

	Eigentliche Bergarbeiter					Sonnliche Bergarbeiter					Erwachsene Ueber-tag-arbeiter					Jugendliche Arbeiter				
	2.	2.	2.	2.	3.	2.	2.	2.	2.	3.	2.	2.	2.	2.	3.	2.	2.	2.	2.	3.
Muhrgbiet	6,19	6,68	8,08	10,00	10,70	4,52	4,63	5,37	6,66	7,16	19,14	19,15	19,16	19,17	19,17	19,14	19,15	19,16	19,17	19,17
Ober-schiefen	4,87	5,23	6,02	7,79	8,76	3,55	3,82	4,60	5,50	6,32	3,24	3,52	4,18	4,90	5,66	1,24	1,41	1,70	2,16	2,95
Nieder-schiefen	3,93	4,11	4,76	5,67	6,36	3,49	3,96	4,25	4,96	5,50	3,17	3,37	3,75	4,20	4,66	1,34	1,51	1,98	2,32	2,91
Saargebiet	5,08	5,08	6,03	8,15	8,98	4,13	4,12	4,76	6,27	7,02	3,85	3,92	4,53	5,99	6,82	1,43	1,51	1,82	2,50	2,84
Maschinen-Revier	5,43	5,64	6,73	8,03	9,03	4,33	4,46	5,05	6,52	6,56	4,12	4,21	4,50	5,38	5,59	1,64	1,68	1,97	2,34	2,57
Niederrhein, Steinkohlenbergbau	6,14	6,52	7,92	9,61	10,85	4,98	5,11	6,10	7,18	7,35	4,41	4,66	5,29	6,38	6,62	1,63	1,58	2,26	2,85	2,94
Haller Braunkohlenbergbau	4,17	4,81	5,17	5,92	6,49	3,59	3,87	4,51	5,23	5,73	3,49	3,76	4,29	5,02	5,53	1,36	2,11	2,48	2,87	3,12
Lintheim, Braunkohlenbergbau	4,65	5,18	5,90	6,81	7,65	4,39	4,67	5,23	6,05	6,59	4,09	4,43	5,02	6,22	7,15	2,00	2,24	2,76	3,40	3,84
Haller Salzbergbau	4,72	4,36	5,63	6,47	7,19	4,13	4,15	4,74	5,42	6,03	3,88	3,91	4,51	5,15	5,89	1,43	1,49	1,89	2,40	2,87
Glausthaler Salzbergbau	4,38	5,04	5,76	6,54	7,50	4,19	4,34	4,83	5,34	6,36	3,90	4,02	4,43	4,96	5,95	1,52	1,61	1,92	2,48	2,88
Wansfelder Erzbergbau	3,83	4,50	5,76	7,48	7,66	3,79	4,23	5,41	6,81	7,91	3,59	3,97	4,90	6,00	6,15	1,77	1,92	2,17	2,95	3,25
Oberharzer Erzbergbau	4,13	5,17	6,73	7,52	7,50	4,00	4,84	6,19	6,81	7,25	3,20	3,82	5,00	5,32	5,75	1,33	1,56	2,22	2,92	3,81
Siegener Erzbergbau	5,03	5,40	6,43	8,14	9,01	4,14	4,40	5,02	5,93	6,52	4,06	4,11	4,85	5,77	6,41	1,36	1,96	2,22	2,92	3,81
Raissa-Weglarer Erzbergbau	3,70	3,80	4,93	5,59	5,87	3,48	3,63	4,25	4,90	5,13	3,26	3,90	4,15	4,84	5,01	1,75	2,04	2,50	2,93	3,07
Nachschleifiger Erzbergbau	4,50	4,97	6,85	6,98	7,68	3,94	4,12	4,50	5,49	5,84	2,53	2,86	3,62	4,25	4,71	1,60	1,94	2,37	2,63	2,96
Elstschleifiger Erzbergbau	3,60	3,72	4,46	5,30	5,64	3,17	3,20	3,94	4,57	4,86	3,05	3,17	3,82	4,56	4,92	1,44	1,43	1,86	2,19	2,71

In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens betrug nach der vorstehenden Tabelle pro Arbeiter und Schicht der

	Durchschnittslohn	Steigerung in Prozent
der eigentlichen Bergarbeiter	3,60—6,10	5,64—10,85
der sonstigen Bergarbeiter	3,17—1,09	4,86—7,35
der erwachs. Ueber-tag-arbeiter	3,05—4,41	4,92—7,15
der jugendlichen Arbeiter	1,24—2,00	2,51—3,84

Es ist danach nur gestiegen der Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter um 52,8—75,3 Prozent, der sonstigen Bergarbeiter um 47,3—53,3 Prozent, der erwachsenen Ueber-tag-arbeiter um 61,3—62,1 Prozent, der jugendlichen Arbeiter um 92,0—102,4 Prozent. Anzusehen ist also der Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter prozentual am stärksten gestiegen. Doch ist zu beachten, daß dieselben vor dem Krieg äußerst niedrig entlohnt und während der Kriegszeit vielfach mit Arbeiten auch unterirdisch beschäftigt wurden, die borden ältere und höher bezahlte Arbeiter verrichteten. Es ist unter diesen Umständen so gar fraglich, ob der Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter auch nur entsprechend ihrer höheren Leistungen gestiegen ist. Allgemein ist das sicher nicht geschehen.

Bei Würdigung der vorstehenden wie auch der folgenden Lohnangaben ist die nicht unerhebliche Verschiebung in der Zusammensetzung der Belegschaft infolge des Krieges zu beachten. Außerdem sind die Löhne der Befangenen dabei außer Betracht gelassen.

Die vorstehende Lohn-tabelle wird wirksam ergänzt durch eine Zusammenfassung aller Hauptbergbaubezirke. Arbeiterzahl, Schichtzahl und Lohnsumme gestalteten sich in den angeführten 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengekommen seit dem 2. Vierteljahr 1914 wie folgt:

	2. Viertel 1914	3. Viertel 1914	3. Viertel 1915	Werktagzahl der Arbeiter		Schichtzahl pro Arbeiter		insgesamt		Lohnsumme pro Arbeiter (Vierteljahr) (Schicht)	
				Arbeiter	Schichten	Arbeiter	Schichten	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
2. Viertel 1914	767 177	681 068	76	269 820	362	352	4,65				
3. " 1914	602 319	482 101	80	216 642	410	359	4,49				
4. " 1914	549 729	43 626	79	194 016	349	353	4,45				
1. " 1915	536 411	43 884	82	201 356	910	375	4,59				
2. " 1915	532 397	42 983	61	203 941	023	383	4,74				
3. " 1915	524 034	46 366	68	224 830	012	429	4,85				
4. " 1915	532 699	44 727	63	228 843	984	430	5,12				
1. " 1916	552 536	46 762	86	247 549	236	443	5,20				
2. " 1916	567 794	46 284	82	255 294	736	450	5,52				
3. " 1916	567 349	49 209	80	283 655	340	500	5,76				
4. " 1916	577 382	47 463	82	284 054	869	492	5,98				
1. " 1917	593 722	48 902	82	308 861	298	520	6,32				
2. " 1917	606 403	49 171	81	332 711	582	549	6,77				
3. " 1917	632 082	53 638	85	396 291	618	627	7,39				

Die Arbeiterzahl ist danach in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens vom 2. Viertel 1914 bis zum 3. Viertel 1915 um

Der Saarbergmann von heute.

Uns wird aus Kameradenkreisen geschrieben: Die Organisation ist die beste Sparkasse. Diesen wahren Ausspruch hört man jetzt allerorten im Saargebiet und der benachbarten Rheinpfalz. Die Bergarbeiter haben eingesehen, daß der Beitrag, den sie in der Organisation leisten, hundertfältige Frucht bringt.

Seit der Saarbergmann begriffen hat, daß im Verbands sein Platz ist, seitdem Tausende sich demselben angeschlossen, ist auch die Entlohnung eine bessere geworden. Von dem Quartale an, wo der Saarbergmann begriffen hat, daß er einzeln nichts machen kann, daß die einzelne Stimme ungehört verhallt, und den Weg zur Organisation fand, wurde auch den Forderungen auf Lohn-erhöhung entsprochen. Freier tritt seitdem der Bergmann an der Saar auf, er hat seinen Mannesmut wieder gefunden, auf den er nun stolz ist und ihn auch nicht mehr verlieren wird. Wie unglücklich der Bergarbeiter dort abschneidet, wo er der Organisation fern blieb, und wie verkehrt es ist, an den Verbandbeiträgen sparen zu wollen, zeigen schon die Angaben über Förderwert und Lohnanteil.

Der Wert der Förderung pro Tonne Kohle betrug im Oberbergamtsbezirk Bonn im Jahre 1893 8,52 Mark und stieg bis zum Jahre 1913 auf 12,18 Mark. Die Steigerung betrug also 43 Prozent. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter im Saargebiet stand im Jahre 1893 auf 3,37 Mark und erreichte erst im Jahre 1913 den Betrag von 4,45 Mark, also eine Lohnsteigerung in 20 Jahren von 1,08 Mark pro Schicht oder 32,0 Prozent. Selbst von Niederschleifen mit seinen unglücklichen Abbaueverhältnissen wurde das Saargebiet übertroffen, denn hier betrug die Lohnsteigerung in demselben Zeitraum 41,7 Prozent. Im Ruhrgebiet wo die Arbeiter besser organisiert sind betrug in derselben Zeit die Steigerung des Lohnes 70,7 Prozent, d. h. der Durchschnittslohn ist von 5,14 Mark auf 5,36 Mark gestiegen, stand also im Jahre 1913 um 91 Pf. pro Schicht höher, als an der Saar, während er 1893 dort zur Zeit des Reichshüttenvereins noch um 23 Pf. pro Schicht höher stand, wie im Ruhrgebiet. Dies hatte die verkehrte Sparfamkeit der Saarbergarbeiter mit sich gebracht. Sie verließen nach dem Jahre 1893 ihre Or-

ganisation, warteten die paar Groschen wöchentlichen Beitrag, und der Erfolg war, daß sie bis zum Jahre 1913 es durch ihre falsche Sparfamkeit, besser gesagt, Interessenlosigkeit, dahin brachten, daß sie ihrer Familie durchschnittlich täglich 90 Pf. weniger heimbrachten, als die Arbeiter an der Ruhr, deren Durchschnittslohn 1893 noch um 23 Pf. niedriger als der des Saarbergmanns stand. Während im Ruhrgebiete der Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter im 2. Quartal 1914 auf 6,19 Mark stand, hatten die Saarbergarbeiter nur 5,08 Mark, das sind 1,11 Mark weniger. Durch das Vorgehen ihrer Organisation hatten die Bergarbeiter im Ruhrgebiet ihren Durchschnittslohn um 47 Pf. pro Schicht im 2. Quartal 1915 gesteigert, während die Vergleiche des Saargebietes immer noch denselben Lohn wie im Jahre vorher verdienten.

Nun endlich haben die Saarbergleute das fürchte ihres Meinens, abseits der modernen Arbeiterbewegung zu stehen, ein. Sie schlossen sich in immer größerer Zahl unserem Verbands an. Lohnforderungen wurden nun gestellt, die Entlohnung von organisierten Bergarbeitern in die Lebensmittellieferanten verlagert und auch durchgeführt. Auf Abstellung der Grubenmischstände wurde teils durch direkte Mittelungen an Kriegsamt oder Bergwerksdirektion oder auch durch Kritik in der „Bergarbeiter-Zeitung“ hingewirkt. Der Schuh- und Bekleidungsfrage, sowie der Hin- und Herreise zur Heimat und Grube, und den dabei auftretenden Missetänden wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt und auf Abhilfe gedrungen. Kurz gesagt, An reges Leben begann, zum Nutzen der Saarbergarbeiter und ihrer Familien.

Der Erfolg dieses Erwadens, des Anschlusses an die Organisation, konnte nicht ausbleiben. Man mußte den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Im 2. Quartal 1916 war der Durchschnittslohn gegen dasselbe Quartal des Vorjahres um 0,98 Mark pro Schicht gestiegen. Der Verband gewann immer mehr Macht, der Zustrom wurde stärker, was seinen realen Ausdruck darin fand, daß der Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter im 2. Quartal 1917 auf 8,15 Mark und im 3. Quartal 1917 auf 8,98 Mark stieg. Der Verteuerung der Lebensmittelpreise entsprach die Steigerung aber noch absolut nicht. Der Bergarbeiterverband tat deshalb alles, um weitere Verbesserungen der Bergarbeiter zu

erreichen. Der Erfolg blieb nicht aus. Ab 1. Oktober 1917 wurde der Durchschnittslohn der Hauer auf 10,50 Mark erhöht. Der Lohn der übrigen Arbeiter wurde prozentual gemäß dieser Erhöhung aufgebessert. Auf den Gruben der Rheinpfalz wurden ähnliche Erfolge erzielt, und die Bergarbeiter des Saargebietes und der Rheinpfalz sahen ein, daß die gefällten Verbandbeiträge reichlich fruchtbar trugen.

Im Ruhrgebiet soll der Sauredurchschnittslohn im Dezember 12,50 Mark erreicht haben, wie sowohl von Schlichtungsausschüssen, wie dem Generalkommando in Münster konstatiert wurde. Auch im Saargebiet wird, dem Ruhrgebiet folgend, im nächsten Quartal eine weitere Ersteuerung folgen müssen, auf daß der Bergarbeiter sich Kleidung und Schuhe, die heute einen so großen Teil des Lohnes beanspruchen, kaufen kann. Es muß ferner darauf gesehen werden, daß der Lohn durch allerhand Maßnahmen nicht wieder gedrückt wird. So wird uns gemeldet, daß in den Gruben Wagen eingeführt werden, die bedeutend mehr Kohlen fassen wie die alten. Demgemäß ist auch das Gehänge pro Wagen zu erhöhen.

Die Krankengelder des Saarbrücker Knappschaftsvereins bedürfen der Aufbesserung, sie reichen heute nicht mehr aus, den erkrankten Bergmann und seine Familie vor der bittersten Not zu schützen. Durch die Einwirkungen des Krieges steht es mit dem Vermögen dieser Klasse nicht am besten. Die Einnahmen betragen in der Krankenkasse im Jahre 1916 2 458 802,89 Mark, die Ausgaben 2 361 133,35 Mark. Am Schlusse des Jahres war ein Vermögen von 286 107,74 Mark vorhanden. Dieses Vermögen genügt also nicht den gesetzlichen Anforderungen, die an Krankenkassen gestellt werden. Sollen höhere Beitragssätze ausgemerzt werden, muß höhere Beitragssätze stattfinden, dazu gehört wieder weitere Erhöhung der Löhne.

Eine Aufbesserung der Knappschaftsrenten wäre in dieser so teuren Zeit dringend nötig, sollen die Bezüher von Knappschaftspensionen nicht verelenden. Dabei wären Zuschüsse, die der § 1274 der RVO. zur Vermeidung der vorzeitigen Reichsinvalidität aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorsieht — der Saarbrücker Knappschaftsverein ist Sonderanfall — baldmöglichst zu gewähren, und zwar in angemessener Höhe, soll nicht die Zahl der Reichsinvaliden durch zu große Entbehrung ganz bedeutend steigen.

Die Knappschaftspensionskasse hatte eine Einnahme von 12 035 929,74 Mark, gegenüber einer Ausgabe von 17 994 475,64 Mark, erforderte daher aus dem Vermögen einen Zuschuß von 5 958 545,90 Mark. Das Vermögen betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 1916 23 533 257,94 Mark.

In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse betrug 1916 die Einnahme 1 733 726,16 Mark, die Ausgabe 1 091 222,22 Mark. Der Ueberschuß belief sich auf 642 503,94 Mark. Das Vermögen betrug am Jahreschlusse 12 415 186,77 Mark. Hier kann der § 1274 der RVO. größere Beachtung finden, um mehr Mittel zur Vermeidung der Reichsinvalidität bereitzustellen.

Große Aufgaben hatten im Saargebiet noch der Erfüllung. Sie werden sicher gelöst, wenn die Saarbergarbeiter der Organisation treu bleiben und die noch Unorganisierten dem Verbande zuführen. Die Militärkammer des Bergarbeiterverbandes muß gestiftet werden, mit Waffen versehen sein, das heißt den Angriff verhindern. Mit der Beitragsleistung steht der Bergarbeiterverband unter den freien Gewerkschaften an sechsunddreißigter Stelle. Je besser aber die Kassenverhältnisse unseres Verbandes sind, desto besser wird es um die Verhältnisse der Bergarbeiter stehen. Die Saarbergarbeiter leben dies auch ein und handeln demgemäß. Die Stärkung des Verbandes bedeutet Sebung des Bergarbeiterverbandes, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Drängen auf rascheren Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

Wo es dem Arbeiter zu geht, empfindet er auch Liebe zu seinem Vaterlande. Verbesserung der Arbeiterlage ist deshalb auch Stärkung des Nationalgefühls!

Der Saarbergmann, er ist erachtet,
Er steigt heraus aus finst'rer Nacht.
Auch er will an das Sonnenlicht,
Wenn er vollbracht die Arbeitsschicht.
Will leben und will glücklich sein
Sich nach der Arbeit noch erheben!
Deshalb erschallt es durch das Land
Simein, hinein in den Verband!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Lohnaufbesserung.

Die Lösung der Unteroffiziere und Mannschaften wird mit Wirkung vom 21. Dezember 1917 wie folgt erhöht:

a) bei mobilen Formationen für Wieselweibel und Wieselweibler monatlich 75 Mark; für Sergeanten, Oberfähnrichsleute und Sanitäts Sergeanten von monatlich 57 Mark auf 67,50 Mark; für Unteroffiziere, Fähnrichsleute, Waffenschmiede, Waffenschmiedehelfer, Regiments- und Bataillonsschreiber, Schreiber, Fernschreiber und Trompeter, Sanitätsunteroffiziere, Oberfähnrichsleute und sonstige Oberhandwerker, sofern die vorgenannten Funktionenunteroffiziere nicht einen höheren Dienstgrad besitzen, von monatlich 33,60 Mark auf 42 Mark; für berittene und unberittene Sanitätsgefreite und Militärkrankenwärttergefreite von monatlich 18,90 Mark bzw. 17,40 Mark auf 22,80 Mark; für berittene und unberittene Obergefreite und Gefreite von monatlich 12,90 Mark bzw. 11,40 Mark auf 16,50 Mark; für berittene und unberittene Gemeine und Militärkrankenwärttergemeine von monatlich 11,40 Mark bzw. 9,90 Mark auf 15 Mark.

Es war ein Traum . . .

Es leuchtete in dem dunkeln Meere
Gleich einem hellen Stern
Gleich einem hellen Stern, überwiegend Liebe
Dem Hirtenvolk der Stern im Himmelsraum
Und aus den tiefen Himmelsräumen
Ein wunderbar verheißungsvoller Song.
Der jedes Herz begeistern sollte durchdrang:
„Den Reichlichen Wohlgefallen, allen Völkern Frieden!“

Und gläubig sang das Volk der Hirten mit;
Das arme Volk, das ohne Klage litt.
Das Volk, das mühsam fröhlich und erheitert,
Es glaubte an ein neues Paradies.
Ein neues Land des Friedens und der Freude,
Ein Hellland, befreit von Haß und Neide,
Erloht von Gend und von schmerzlichen Seide,
Ein Land, das Menschen liebt und berechtigt . . .

Es war ein Traum . . . Das könne sich verfliegen
Und auch der helle Hoffnungsstern verfliehet
Im Meer der Schicksal und der Schicksale . . .
Und wieder schändete die Welt das Reuendorn,
Der Haß durchdrang die Welt, keine Golden,
Der Haß schlug durchdrang die Welt, keine Golden,
Das Herz der Liebe und hat Schicksale
Erwand der Menschheit neue Paradies . . .

Es war ein Traum . . . Wenn wird der Traum zur Wirklichkeit?
Wenn recht sich auf in festeren Klarheit
Gleich einem Stern von Göttern das alte Sein
Der neuen Menschlichkeit? Gott, arme Hirten!
Ein neuer Song behält seine goldenen Ederlingen,
Ein Himmels Lied der Menschheit hat ich Hingen,
Die Wahrheit sagt, sie wird das Wort vollbringen . . .
Die Wahrheit sagt . . . Sie endet auch die Zeit!

Kapitalherte „Wissenschaft“.

Wiss: „Für Geld ist alles zu haben.“
Von „Wissenschaften“ hat sich, das 1848 erschienen ist, kann man lesen, wie es der Wissenschaft nicht nur besteht, sondern auch der Arbeiter, deren Ausbeutung denkbar zu machen, sondern sich auch der Arbeiter der „Wissenschaft“, der Wissenschaft, soweit sie fruchtbar ist, ist seine Zeit wert. Das geschieht nicht nicht öffentlich der Welt, sondern heimlich, damit die Kapitalherte „Wissenschaft“ nach außen hin immer noch als „wissenschaftlich“, „unbipolar“ und „un-

biologisch“ erscheinen kann. In unserer Zeit ist die Kapitalherte der „Wissenschaft“ zu einem Maße gediehen, daß sie nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Wissenschaftler, gegen die sie unablässig Korruption öffentlich Stellung zu nehmen. Der hervorragende Wissenschaftler, der an der Leipziger Universität, Professor Paul Schöner, schreibt in der „Leipziger Volkszeitung“ für die gemeinen Staatsbürger: „Eine Schicksalskammer der akademischen Nationalökonomie“ u. a. folgendes:

Die Unternehmern erwarfen von den Professoren an den Universitäten, daß sie sich wie die Gelehrten und Bedienten der Handelskammern in ihren Ansprüchen ihnen anbequemen und daß sie die Freiheit der Wissenschaft nur so weit zulassen, als sie sich zum Dalmeißer ihrer eigenen Wünsche macht. Die Wirtschaftspolitik, die auf den Universitäten vorgetragen werden soll, sollte die sein, wie sie die Unternehmern meinen. 1897 wurde auf Veranlassung des Herzog von Sibirien die Universität Breslau, ohne daß die Fakultät gefragt wurde, nur Herrn Julius Wolf, einem der sozialpolitischen Richtung abholden Professor, berufen. Die neue Universität Breslau hat sich mit Nationalökonomie auseinandergesetzt, die allen Ansprüchen der Sozialindustrie entgegensteht. Im Jahre 1905 wurde auf Veranlassung des Reichspräsidenten in Bonn, der hiesiger Handelskammerpräsident in Bonn gewesen war und als Stifter des hiesigen Arbeitervereins, ein Institut für soziale Wirtschaftsforschung geplant. Der Zweck für die Schaffung dieses Instituts unter anderem ebenso Herrn von Zentralverband Deutscher Industrieller wie von Bundes der Landwirte und eine Reihe hiesiger nationalökonomischer Institute: So Städtler und Börsig, Kaffel und Hirsch, Burg und Hoffmann, Gervin-Schick, von Götze, von Sobotka und Professor von Böhm und Professor von Götze, der Herzog von Sibirien und Arnold von Götze, der Graf von Wirsach und der Herr von Sibirien und viele andere. Eine solche gemeinsame Gesellschaft, aber einzig im Kampfe gegen Arbeiterforderungen. In der Vaterlandspartei finden sie sich ebenso zusammen wie in der Schaffung eines Instituts für einen den Unternehmern dienlichen Mann. Das Institut wurde geschaffen, doch empfand man es als ungenügend, daß man es keiner großen Universität, sondern nur der kleinen mecklenburgischen Landesuniversität angeschlossen konnte. Der Reichspräsident, Götze und sein Institut für Wirtschaftsforschung aufhängen, identifiziert es dem Reichspräsidenten der Professoren, die sich eine Einrichtung des Herrn Götze und seiner Auftraggeber erblickten.

Verteuerung des Reisens.

Nun soll auch bei der vierten Klasse dran glauben. Ueber die neue Personentarifreform erfährt die Presse: Neben der ab 15. Dezember zur Einführung gelangenden hundertprozentigen Schnellzugverteuerung sind auch bereits für die Personenzugtarife allgemeine Erhöhungen beschlossen, die am 1. April 1918 zur Einführung gelangen. Die neuen Preisklassen betragen sich auf Grund einer allgemeinen Personentarifreform auf folgender Staffeln: Für Personenzüge beträgt ab 1. April der Fahrpreis für den Kilometer: bei der 1. Klasse 9 Pf., bei der 2. Klasse 5,7 Pf., bei der 3. Klasse 3,7 Pf., bei der 4. Klasse 2,4 Pf.

Zu dieser Erhöhung kommt noch ab 1. April 1918 bei den Schnellzügen ein besonderer Zuschlag, er beträgt: bei 1—75 Km. für die 1. und 2. Klasse 1 Mark, für die 3. Klasse 0,50 Mark, bei 76—150 Km. für die 1. und 2. Klasse 2 Mark, für die 3. Klasse 1 Mark, bei 151—350 Km. für die 1. und 2. Klasse 3 Mark, für die 3. Klasse 1,50 Mark, über 350 Km. für die 1. und 2. Klasse 4 Mark, für die 3. Klasse 2 Mark.

Die ab 1. April 1918 zur Geltung gelangende neue Eisenbahnverkehrsreform kommt sich allerdings in viel niedrigeren Sätzen, als vorläufige der fest geltende Schlußsatz aus, erreicht aber durch den gesamten Personentarif und nicht auslösch Veranlassung durch die herbeiziehende und die herbeiziehende Straßenschnellverkehr ab 1. April 1918 gleichzeitig die Einführung der hiesigen Wagenklasse vornehmen. Eine besondere Schwierigkeit bei der Durchführung dieser Tarifreform besteht in der Festsetzung der Ueberschüsse neuer Klassen, die die Besitze und die Neuzugung der hierfür notwendigen Wagen kaum zureichen.

Aus dem Ueberschuß des kommenden Personentarifsystems ergibt sich voraussichtlich auch die Lücke, daß der ab 15. Dezember zur Einführung kommende hundertprozentige Schnellzugzuschlag wohl nur bis zum 31. März 1918 bestehen bleiben soll, d. h. ab dann die Sätze des neuen Tarifs mit ihrer allgemeinen Wirksamkeit in Kraft treten.

Aus den Unternehmerverbänden.

Vom Wachstum der Unternehmerverbände.

Ueber die Entwicklung der Unternehmerverbände wird von diesen selbst meistens gehobenermaßen Schwiegen beobachtet. Mit hoher Wichtigkeit ist aber auf steigende Mitgliederzahlen derselben zu rechnen, besonders bei den „sanften“ Erndtmitteln, die eventuell angeordnet werden. „Der Deutsche Industrieverband“ schreibt in seinen „Mitteilungen“ vom November 1917:

„Trotz der für die Verarbeitung ungenügenden Kriegserlöse sind seit Anfang dieses Jahres mehrere 500 Firmen mit rund 27 Millionen Mark Ueberschuss als Mitglieder neu gewonnen worden. Während des Jahres ist die Zahl unserer unmittelbaren Mitglieder insgesamt um 1830 auf jetzt 6680 gestiegen. Anschließende wichtiger Bedeutung sind die gewerkschaftlichen Einrichtungen in mehrerer Hinsicht. Die Arbeiter für ihre Gewerkschaften, müssen auch die Kaufkraft überall, wo sich Gelegenheit bietet, stets mit für ihre Organisation arbeiten.“

In den „Mitteilungen“ wird dann noch die in Arbeiterkreisen vielfach verbreitete Ansicht von der Schwächung der Gewerkschaften durch den Krieg kritisch zurückgewiesen, sondern vielmehr von einem unvorhergesehenen Wachstum der Gewerkschaften gesprochen, weshalb ein weiterer Ausbau der Schutzorganisation der Arbeiterberufe unabweisbar sei. „Aber der Anteil aus der Welt zu schaffende Unternehmern gegenüber zu stehen und die Unternehmern in der Kräftigkeit zu unterstützen ist vornehmlich Aufgabe der Gewerkschaften.“ Es wird diese Ansicht zwar mit angeleglichen Reuegeiern der Gewerkschaften begründet, allein man weiß ja, daß die Unternehmer hier ganz als die Reichsregierung hinstehen, die sich nur notgedrungen gegen die bösen Kräfte der Gewerkschaften, zur Abwehr rufen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Arbeiterkammer-Gesetzgebung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände.

Reichsminister Graf Hertling hat die Einbringung eines Arbeiterkammer-Gesetzes für den Anfang nächsten Jahres amtlich angekündigt. Die Arbeiterverbände aller Richtungen haben die dafür nötigen Vorarbeiten schon jetzt zum Abschluß gebracht. Gerade in der

Frage der Arbeiterkammern befinden unter den Arbeitnehmern in den verschiedenen Verbänden starke Meinungsverschiedenheiten. Nun liegt es aber auf der Hand, daß für die wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung des Gesetzeswertes die Aufgaben um so besser sind, je mehr es den Arbeitern gelingt, selbst zu einem Einvernehmen untereinander zu gelangen.

Nach langen Bemühungen ist dies gelungen. Freie Gewerkschaften, Christlich-Sozialistische, Politische Berufsvereinigungen, die verschiedenen Arbeiterverbände und viele andere Interessentenorganisationen haben gemeinsam einen vollständigen Gesetzentwurf von rund 60 Paragraphen ausgearbeitet und mit ihrer Interaktion versehen, an dem Reichsministeramt gefordert, damit er diesen als Muster für den Regierungsentwurf zum Arbeiterkammergesetz dienen kann.

Das Gewerkschaftsprogramm hat sich für Arbeiterkammern entschieden, d. h. für eine gemeinsame Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber sofort in § 1 wird auch hervorgehoben, daß auch die besonderen Interessen der Arbeitnehmer durch deren Vertreter in der Arbeiterkammer wahrgenommen werden können. Das Prinzip der Arbeiterkammer und der Arbeiterkammer ist also in dem Entwurf vereinigt.

Das Tätigkeitsgebiet der Arbeiterkammern ist weit ausgedehnt; es umfaßt besonders die Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden bei Erhebungen und Gutachten, bei Entschärfungen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter, Veranstaltungen und Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer, Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens und des Berufswesens, Förderung des Tarifvertragswesens und der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung, Errichtung von Nachschulungsinstituten. Die Arbeiterkammern sollen auch selbständig Anträge über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse in ihrem Bezirk vornehmen können. Auch die Arbeitnehmer für sich sollen das Recht zu Erhebungen, selbständigen Gutachten und Eingaben an die Behörden und parlamentarischen Körperschaften haben. In den Entwurf sind ferner die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über die Arbeiterausweiskarte und die Errichtung von Einigungsämtern hineingearbeitet.

Die Arbeiterkammern sollen nicht auf beruflicher, sondern auf territorialer Grundlage ruhen. Bezirk, Namen und Sitz der Arbeiterkammern soll der Bundesrat nach Anhörung der Organisationen bestimmen. In den Arbeiterkammern sollen dann besondere Abteilungen für einzelne Gewerke, insbesondere Land- und Forstwirtschaft, technische und kaufmännische Anstellung gebildet werden.

Wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Bezirk der Arbeiterkammern, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, selbstverständlich ohne Unterschied des Geschlechts. Wähler sollen auch die Angehörigen der wirtschaftlichen Organisationen sein.

Die weiteren Bestimmungen des Entwurfs betreffen sich mit dem Wahlverfahren — Wahlmännern mit gebundenen Stimmen — und der Geschäftsführung der Arbeiterkammern. Die Wahlen sollen auf vier Jahre vorgenommen werden. Den Vorsitzenden der Arbeiterkammer und seinen Stellvertreter ernannt die höhere Verwaltungsbehörde. Die Beschlüsse der Arbeiterkammern sollen in der Regel öffentlich sein. Für die Mitglieder der Arbeiterkammern sind Taggelder und Entschädigungen der notwendigen Reisekosten sowie des entgangenen Arbeitsdienstes vorzusehen. Die Kosten für die Errichtung und Erhaltung der Arbeiterkammern und ihrer Abteilungen sowie der Einigungsämter und Schlichtungsstellen sollen die Gemeinden oder Gemeindeverbände ihres Bezirks tragen.

Der Entwurf der beruflichen Arbeiterorganisationen erwidert sich auf viele Einzelheiten, die hier auszuführen, nicht der Raum ist. Im Ganzen wird er von allen Arbeitnehmern als wertvolle Grundlage für eine Interessensvertretung anerkannt werden müssen, wie sie alle anderen Verufe schon besitzen und wie sie den Arbeitern nicht länger verweigert werden kann.

Reichskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Unser jüngste, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossene gewerkschaftliche Organisation hat eine beispiellose Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. In wenigen Monaten überschätzte sie alle für die Eisenbahnenbestehenden vorhandenen Organisationen bis auf eine, und auch diese dürfte in kurzer Zeit überholt sein. Der Leistung des Verbandes erweisen sich dieser jüngsten Aufwärtsentwicklung Aufgaben, die an die Arbeiterkraft des Einzelnen ganz außerordentliche Anforderungen stellen. Die vielen neu gegründeten Ortsgruppen entwickelten sich sprunghaft und erreichten Mitgliederzahlen von 1000, 2000 und in einigen Fällen von weit über 5000. In dem Maße, wie diese Entwicklung voranschreitet, steigt die Notwendigkeit, eine umfassende Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse für die Eisenbahnenbestehenden zu entfalten. Es gelang der Verbandserweiterung, die sich in dem Weg stehenden Schwierigkeiten zu überwinden und dem Verband in ganz Deutschland immer neue Schichten zuzuführen, ebenso aber auch für eine wiederholte Lohnaufbesserung zu wirken. Um nun einen möglichst einheitlichen Ausbau der Organisation und eine einheitliche, nach gewerkschaftlichen Grundgedanken beschaffende Durchführung der Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen, legte am 27. und 28. November die erste Reichskonferenz des Verbandes im Generalkonferenzsaal in Berlin. Die große Zahl der aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilten Konferenzteilnehmer erzielte sich sprunghaft und erreichten Mitgliederzahlen von 1000, 2000 und in einigen Fällen von weit über 5000. In dem Maße, wie diese Entwicklung voranschreitet, steigt die Notwendigkeit, eine umfassende Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse für die Eisenbahnenbestehenden zu entfalten. Es gelang der Verbandserweiterung, die sich in dem Weg stehenden Schwierigkeiten zu überwinden und dem Verband in ganz Deutschland immer neue Schichten zuzuführen, ebenso aber auch für eine wiederholte Lohnaufbesserung zu wirken. Um nun einen möglichst einheitlichen Ausbau der Organisation und eine einheitliche, nach gewerkschaftlichen Grundgedanken beschaffende Durchführung der Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen, legte am 27. und 28. November die erste Reichskonferenz des Verbandes im Generalkonferenzsaal in Berlin. Die große Zahl der aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilten Konferenzteilnehmer erzielte sich sprunghaft und erreichten Mitgliederzahlen von 1000, 2000 und in einigen Fällen von weit über 5000. In dem Maße, wie diese Entwicklung voranschreitet, steigt die Notwendigkeit, eine umfassende Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse für die Eisenbahnenbestehenden zu entfalten. Es gelang der Verbandserweiterung, die sich in dem Weg stehenden Schwierigkeiten zu überwinden und dem Verband in ganz Deutschland immer neue Schichten zuzuführen, ebenso aber auch für eine wiederholte Lohnaufbesserung zu wirken. Um nun einen möglichst einheitlichen Ausbau der Organisation und eine einheitliche, nach gewerkschaftlichen Grundgedanken beschaffende Durchführung der Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen, legte am 27. und 28. November die erste Reichskonferenz des Verbandes im Generalkonferenzsaal in Berlin. Die große Zahl der aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilten Konferenzteilnehmer erzielte sich sprunghaft und erreichten Mitgliederzahlen von 1000, 2000 und in einigen Fällen von weit über 5000.

Der Geist, von dem die zweite Reichskonferenz geleitet war, ist ein Beweis dafür, daß das langwierige Ziel der Eisenbahner, eine nachvollziehbare Einheitsorganisation zu schaffen, seiner Verwirklichung entgegensteht.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes und Geschäftsführers. 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner. 3. Der Ausbau unserer Organisation. Den Bericht erstattete der Vorsitzende Brunner. Die sich daran anschließende Aussprache war sehr ausgedehnt, brachte aber nur eine ungenügende Anerkennung.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes und Geschäftsführers. 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner. 3. Der Ausbau unserer Organisation. Den Bericht erstattete der Vorsitzende Brunner. Die sich daran anschließende Aussprache war sehr ausgedehnt, brachte aber nur eine ungenügende Anerkennung.

ordnen Institute in Breslau und in Königsberg in Preußen. Dabei sollen sie angeschlossen dem Unterrichtsministerium unterstellt sein und den Central wissenschaftlich unabhängiger Lehrinstitute machen. Witter bemerkte über diese, es würde sich ein jeder ausnehmen und wäre weniger überhandnehmen ausgedehnt, wenn an einer Universität ein Institut des rein wissenschaftlichen Lehren und Lehrens, an einer zweiten des Zentralverbandes deutscher Industrieller, an einer dritten des Bundes der Landwirte oder des Deutschen Landwirtschaftsverbandes bestünde. Diese neuen Institute sollten die Lehren zu gruppieren, daß sie Gegenstände liefern, wie man sie wünscht und erwartet. Für die Nationalökonomie sollte gelten, was bitter der erste Napoleon über die Statistik gesagt hat: Zahlen seien wie Landfrucht, sie dienen dem, der sie begehrt. Und bezahlt wird man. Ohne Beschäftigung von Unternehmern könnten die Institute in Potsdam, Kiel, Breslau, Königsberg in Preußen nicht entstehen. Einer der Redner an einem dieser Institute äußerte sich ganz richtig, indem er sagte: Wie die Erfahrung lehrt, sind private Geldgeber im allgemeinen nur für solche Institute zu gewinnen, welche praktisch-wissenschaftlichen Zwecken dienen, d. h. für Institute, deren Tätigkeit in den Augen der Praktik fern einer unmittelbaren offenkundigen Wert und Nutzen für die Praxis hat. Diese Praxis ist die Praxis der Unternehmer. Nicht die Praxis, die sie selbst leisten können als jeder Nationalökonom und wozu sie ihre Chemiker, Techniker und Kaufleute haben. Die Führung, Verbesserung und Organisation der Produktion und ihrer Verfahren, den Vertrieb ihrer Waren. Und nicht zum Abschluß von Verträgen, wozu aber allem ihre juristischen Dienste eingestrichelt sind, bedarf man dieser neuen Institute. Aus diesen sollen hervorgehen die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer gegen die Arbeiter, ihre Organisationen wie gegen deren politische Vertreter, aber auch überhaupt gegen die den Unternehmern nicht initiativ oder bewußt dienenden Parteien: Innerhalb der Parteien sollen die den Standpunkt der Unternehmerverbände vertreten. Sie sollen Regierungen, Parlamente, öffentliche Meinung beeinflussen durch besondere Organe, dann durch Briefe in der Tagespresse, durch Gutachten, Professoren, Enqueteen, Zeitungen. In schärfer scharf geleitetem Wägen, die in angelegenen Verfassungskämpfen erscheinen, die vorgebildet korrupten wirtschaftlichen Problemen erörtern, soll in umfangreicher und beständiger Weise der Standpunkt bestimmter Unternehmergruppen nach genau vorgezeichneten Zwecken oder ohne die Tendenz zu vertreten, gewahrt werden. Für alle diese Zwecke soll der Unterricht in diesen Instituten eingerichtet werden. Die Vertretungskörper dieser Institute unterliegen, so z. B. in Potsdam, der Prüfung der beteiligten Unternehmer. Auch ohne derartige Vertretungen können sich bewußt aber unbekannt diese Institute und die dort aufgestellten Institute Unternehmervertreter den Wünschen der Geldgeber an. Wenn sich irgend einer dieser Institute in die Praxis wagt und sich seine Unbestimmtheit selbst bewußt, so ist nicht nur ein trauriges Schicksal.

der vom Vorstand geleisteten Arbeit. Das Referat zum Punkt 2. hatte ebenfalls Nummer 11 zuzunehmen. Auch hier sollte eine lebhaftige Aussprache ein, bei der eine volle Hebererziehung zwischen Vorstand und Ortsvereinigungen zutage trat. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: Die Konferenz stimmt ein, in dem Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brunner, aufgestellten Grundrissen für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner zu. Nach eingehender Besprechung dieser Angelegenheit beschließt die Konferenz: Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, in möglichst kurzer Frist diese von der ersten Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen, Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes anerkannten Grundrissen für die Vertretung eines Programms zur Vertretung der Interessen der Eisenbahner in Bezug auf Lohnpolitik, Arbeiterrecht, als Unterlage zu benutzen und dieses Programm im Form einer Broschüre den Eisenbahnern sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung brachte eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen. Beschlossen wurde eine Ergänzung des Vorstandes, der Aufbau der Bezirksleitungen, eine Verbesserung der Unterhaltungs- und der Verwaltungsaufstellungen.

In einem Schlusswort betonte der 2. Vorsitzende Giering, daß diese Konferenz einen Meilenstein bilden wird in der Geschichte der Eisenbahnerbewegung. Es gibt keine Organisation, die einen ähnlichen glänzenden Aufstieg zu verzeichnen hätte. Trotzdem müßte tüchtig weiter gearbeitet werden, um die noch fernstehenden Eisenbahner dem Verband zuzuführen. Mit einem begeisterten Aufgenommen Hoch auf den Verband schloß die Konferenz ihre Arbeit.

Die Gewerkschaften gegen die Schnellzugzulassung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat am 16. und 17. November zwei Eingaben gegen die Verteuerung des Reisens mit Schnellzügen an den preussischen Eisenbahnminister Breitenbach gerichtet. Sie fordern grundsätzlich die Regierung auf, auf diese verheerliche Maßnahme völlig zu verzichten, da sie einer Verteuerung der gesamten Staatswirtschaft gleichkommt. Sollte aber darauf nicht eingegangen werden, so verlangt sie Befreiung von den Schnellzugzulagen für die Gewerkschaften und für die Dienststellen für ihre Verbindungen, für die Mitglieder von Entschädigungsausstellungen bei Reisen zur Teilnahme an den Sitzungen ihrer Ausschüsse und für Vertreter der Kreisvereine bei Urlaubsreisen zum Besuch ihrer Familien. Die Gewerkschaften müssen heute mit wenig Arbeitskräften eine hoch anwachsende Verkehrsmittel-Produktion bewältigen; sie sind deshalb auf den Schnellzugverkehr angewiesen. Ebenso sind diese Zulagen eine große und unerbittliche Last gegen die vielen tausend Arbeiter, die als Hilfsdienstleistungen weit von der Heimat entfernt in ersatzlosem Arbeit leisten müssen; sie haben nur ausnahmsweise ein paar Tage Urlaub zum Besuch ihrer Familien und müssen diese vollständig auf der Strecke zubringen, wenn sie sich nicht des Schnellzugverkehrs bedienen wollten.

Worte gegen Arbeit.

Die Tochter eines Solinger Messerarbeiters hatte in einer dortigen Fabrik gearbeitet, aber aus verschiedenen Gründen aufgeführt. Daraufhin fand der Unternehmer ihrem Vater eine Karte folgenden Wortlauts:

Solingen, den 7. Juli 1917.
Herrn Solingen.

Ihre Tochter hat ohne Kündigung hier gearbeitet und ersuche ich Sie, zu veranlassen, daß sie baldmöglichst wieder in Arbeit oder aufnimmt, und bitte ich nicht gedenke, daß Sie das Fortbleiben so ohne weiteres gutsehen.
Herrn erwiderte ich Ihren Brief Montag morgen, vormittags gegen 10-11 Uhr persönlich, da Sie nicht Gekochte laufen, in den nächsten Tagen wieder persönlich eingezogen zu werden. Sie werden dieses also nicht verpassen.
Der Arbeit ist mir sehr wichtig, und ich würde mich freuen, wenn Sie natürlich sich nicht weigern, ob dies auf Grund einer Demagogie durch den Unternehmer geschehe. Jedenfalls zeigt sich auch hier, daß die Unternehmung von ihrer Macht hermit sie können, Gebrauch machen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Zusammenfassend der Kaufkraft.

Die Notwendigkeit eines Zusammenfassens der Kräfte zur Erreichung eines bestimmten Zieles, die von den einzelnen und weitläufigen Menschen vereint lange vor dem Krieg erkannt war, wird im Verlaufe des Krieges auch von jenen Einsichten erkannt, die bislang infolge ihrer Rücksichtslosigkeit und Selbstsucht nicht haben wissen wollten. Die deutschen Arbeiter haben teilweise längst eingesehen, welche Vorteile es für sie hat, wenn sie sich zur Erreichung höherer Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeinschaftlich organisieren, und sie haben auch eingesehen, wie notwendig es für sie als Verbraucher ist, daß sie ihre Einkaufskräfte zu einer Massenkaufkraft zusammenfassen. Es macht einen wesentlichen Unterschied aus, ob 10.000 Personen für ihre Bedürfnisse als einzelne Personen Mehl und Salz und Zucker kaufen oder ob ein Konsumverein, der aus 10.000 Mitgliedern besteht, im großen für diese zusammenfassende Käufermacht Waren einkauft und dann verteilt. Das sind die Grundlagen, die heutzutage bereits zu Gemeinplätzen geworden sind.

Neuerdings, unter dem Einflusse des Krieges, hat nun auch in den Reihen der Kleinhandlärer die Genossenschaftsbewegung, die ein Zusammenfassen der Kaufkraft für sie von großer Bedeutung ist. Ihre Hauptgegenden weisen immer wieder auf den Wert der Einkaufsgenossenschaften für den Kleinhandel hin. Der Kleinhandel sei infolge der Entwicklung unserer Wirtschaftslage vor die Notwendigkeit gestellt, auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe Einrichtungen zu schaffen, die ihm die Möglichkeit geben, sich im Einzelnen der Ereignisse über Wasser zu halten. Der einzelne Kleinhandlärer sei den gewaltigen Zeitströmungen gegenüber machtlos, nur eine geschlossene Gesellschaft, die nach dem Grundsatz: „Alle für einen und einer für alle!“ planmäßig und gemeinschaftlich zusammenarbeiten, könne etwas Gutes leisten. Die Einkaufsgenossenschaft, die die Einkaufskräfte zusammenfassen, wie ein großer Strom die kleinen Bäche, habe sehr viel Vorteile vor der Vereinzelung, und sie habe auch bereits Erfolge erzielt für den Kapitalhandel im Kleinhandel. Die Befreiung des Kleinhandelsstandes lasse sich am wirksamsten durch die Zusammenfassung der Kaufkraft einer möglichst großen Anzahl von Lebensmittelhändlern in der Genossenschaft erreichen, wodurch nicht nur günstige Einkaufsbedingungen erzielt, sondern auch die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen gesteigert werde. In der Einkaufsgenossenschaft finde der Kleinhandlärer wirtschaftlichen Putsch gegenüber den kapitalistischen Weltwirtschaftskräften; er sei nicht mehr auf die Gnade und das Wohlwollen der Erzeuger und Großhändler angewiesen, denn sein Lieferant sei die Genossenschaft, zu der er ja selbst gehöre.

Wenn man diesen an sich ganz richtigen Gedankengang folgerichtig zu Ende denkt, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Zusammenfassung der Einkaufskräfte zu einer Massenkaufkraft vor dem Kleinhandel nicht halt machen darf, sie vielmehr auch auf die Verbraucher selbst erstrecken muß. Wenn es im Interesse der Kleinhandlärer liegt, sich von der Gnade und dem Wohlwollen der Erzeuger und Großhändler unabhängig zu machen, so läßt sich nicht einsehen, warum sich die Verbraucher nicht darüber hinaus auch noch von der Gnade und dem Wohlwollen der Kleinhandlärer unabhängig machen sollen. Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig, und eine volle Unabhängigkeit ist doch noch besser als eine halbe. Die Befreiung der Kleinhandlärer zwingt nicht nur die Erzeuger und Großhändler zu einer Konsumvereine zu. Das erkennen die Verbraucherverbände immer mehr. Darum nimmt die Konsumvereinebewegung einen immer größeren Aufschwung, magen auch die Mittelstandskräfte sich bemühen, dieser gesunden, wirtschaftlichen Entwicklung Steine in den Weg zu werfen.

Internationale Rundschau.

Reichskonferenz der Österreichischen Gewerkschaften.

Am 1. November-Abend fand in den letzten Novembertagen eine Reichskonferenz der Gewerkschaften Österreichs, die von 236 Vertretern besucht wurde. Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie war vertreten durch Adler, Geis, Gumbel und Straß, das Frauenrechtswesen durch Gubierle, Probst, der Zentralverband der Konsumvereine durch Dr. Renner und die „Arbeiterinnen-Zeitung“ durch Helberich. Der Reichs fühlte Österreich der Konferenz. Die Reichskonferenz beschloß zunächst einstimmig eine Friedensumgebung, in der sie die Notwendigkeit rascher Friedensschlüsse betont, wenn nicht die gesamte Weltwirtschaft unheilbar gerettet und

die Arbeiterschaft durch Heberarbeitung und Entbehrung dauernd verelenden soll. Die Regierung wurde aufgefordert, jede sich bietende Möglichkeit eines Waffenstillstandes unverzüglich zu ergreifen.

Sodann sprach über Demobilisierung und Arbeitsvermittlung Gueter. Seine Leitgedanken, die den Ausbau der paritätischen Arbeitsvermittlung betrafen, wurden einstimmig angenommen. Eine Auseinandersetzung erfolgte nur über die Frage, ob bei Arbeitskonflikten die Vermittlungstätigkeit unbedingt einzustellen sei, oder ob in jedem Einzelfall darüber entschieden werden solle. Die Mehrheit entschied sich für das Letztere.

Nach einem Referat von Domes über die Errichtung von Arbeiterlammern, sprach Weigl über Organisationsfragen. Es wurde beschlossen, den Beitrag an die Gewerkschaftskommission (Generalkommission) vom 1. Januar 1918 ab für Mitglieder und Wache von 1 auf 2 Heller zu erhöhen. Der Beschluß geht über den Antrag des Vorsitzenden, der 1 1/2 Heller vorgeschlagen hatte, noch hinaus und wurde einstimmig gefaßt. Auch sonst wurden für den Ausbau der Organisations-tätigkeit Beschlüsse gefaßt. Besonders bedeutungsvoll ist die Einrichtung einer ständigen Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, die etwa der gleichen Einrichtung in den deutschen Gewerkschaften entspricht.

Knappschäftliches.

Vorstandssitzung des Allg. Knappschäftvereins zu Bodum.

Abgehalten am 13. Dezember 1917.

Unter Punkt 1. geschäftliche Mitteilungen, gab Dr. Mehren bekannt daß 5 Beamte gefallen, ferner mehrere Beamte und ein Vorkämpfer mit dem Eisernen Kreuz dekoriert wurden. Das Protokoll der vorigen Sitzung wurde genehmigt. Seit der letzten Vorstandssitzung wurden 2 Kasse in das Vereinsvermögen eingeführt. Der Vorstand nahm den von den Beamten des Allg. Knappschäftvereins ausgearbeiteten Entwurf für die in letzter Sitzung bewilligte Teuerungszulage entgegen.

Die Verwaltung teilt ferner mit, daß die Bungenheillöhle Beringhausen wegen eines größeren Maschinendefektes vorübergehend geschlossen werden mußte. Die Pfleglinge wurden in Urnsberg und Gesebe in den Krankenhäusern untergebracht.

Unter Punkt 2. wurde bekannt gegeben, daß durch eine sofort in Kraft tretende Bundesratsverordnung der Grundlohn auf 8 Mark erhöht wurde. Dieses beträgt für den Allg. Knappschäftverein eine Vermehrung der Lohnklassen um 5 Stufen. Die zu zahlenden Beiträge werden in Zukunft 1.06 Prozent betragen. Durch die nämliche Bundesratsverordnung sind die Abgaben monatlich um 8 Mark, die der Wägen um 6 Mark zu erhöhen. Der Erhöhung der fraglichen Renten ist beim Allg. Knappschäftverein schon zum größten Teil durch die Teuerungszulage für „bedürftige“ Rentenempfänger Rechnung getragen worden. Der vorgeschlagene Plan für das Jahr 1918 wurde genehmigt. Ebenso wurden die Vorschläge für die Einkommensbeschränkung der Ausfälle und Rabattemine für 1918 aufgegeben. Zur Diphtheritis- und Scharlachbekämpfung wurden 30.000 Mark bewilligt.

Den vorliegenden Vorschlägen über Befreiung von der Knappschäftversicherungsbeiträge. — Wiedererlangung verlorener Unmarischaft — nachträgliche Annahme von Anerkennungsgebühren — Niederlegung überhöhter Beiträge — und Abhandlung vom Eintritte der Versicherung, stimmte der Vorstand zu. Unter nachgekommenen Angelegenheiten bewilligte der Vorstand dem an den Folgen der Wurmkur erkrankten Bergmanns Witwe, wie alljährlich, für 1918 monatlich 20 Mark Rente aus dem Vereinsfonds.

Der Knappschäftvereinsrat hat wegen unerlaubtem Verlechte mit Befangenheit (Beschuldigung zur Flucht) mit Gefängnis bestraft und aus diesem Grunde für befristet erklärt und seines Amtes enthoben. Ueber den Antrag der Knappschäftbeamten auf eine Weisungsentscheidung wurde nicht verhandelt.

Mühsüß auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehr baldur. Bei der Lohnzahlung müßte hier besser auf Ordnung gehalten werden. Es ist ja bekannt, daß die Arbeiter das nicht selbst können, aber es ist nun einmal so. Wenn sich nur einige Vorbedingungen finden, entsteht Streit und das Durcheinander ist da. So ist es auch bei der Lebensmittelversorgung. Kameradschaftlichkeit und Ordnungssinn sind leider nicht bei allen Arbeitern zu entwickeln, wie es notwendig wäre, und darum dürfen die mit der Angelegenheit beauftragten Personen nicht erst dann kommen, wenn die Kuppen schon anlangen sind. Das ist ebenfalls nicht in der Ordnung. Der Holzmann hat oft recht häufig. Beamte, die gefragt werden, ziehen die Schultern. Der Betriebsführer hat mir mein bestelltes Holz gebrannt! So hören es die Arbeiter nicht selten. Warum streicht denn der Betriebsführer das bestellte Holz?

Recht erwidert. Mehr Pünktlichkeit bei der Seilfahrt ist unbedingt erforderlich, besonders bei der Ausfahrt der Nachtschicht. Ist es doch schon vorkommen, daß Leute der Nachtschicht erst morgens um 6 1/2 Uhr herankommen. Mit diesen Leuten zugleich kamen aber auch sechs betäubende Wagen am Tage an. Darf das sein? Die Seilbahn in der Walschule ist nicht ausreichend, die Arbeiter trocken nicht, sondern müssen in feuchtem oder nassem Zustand wieder angezogen werden. Die Lampen verlangen sehr oft, jede Schicht kommt es bald vor, daß die Kameradschaften teilweise im Dunkeln sitzen. Das ist doch nachteilig für beide Teile. Abhilfe ist dringend notwendig.

Sehr Graf Wolke I und II. Bei Kriegsbeginn wurde hier das Kohlenfahren an bestimmte Hauptleute übergeben, die sich aber aneinander mehr aufgaben haben, als sie fahren können, denn die einzelnen Vergleiche erhalten ihre Kohlen zum Teil erst einen Monat später, wie sie bestellt wurden. Das ist doch ein unzulässiger Zustand. Doch der Zustand ist bisher verhältnismäßig geworden, es bleibt beim alten Standpunkt. Warum? Warum werden bei jeder Kleinigkeit Strafen bis zu 5 Mark verhängt? Soll damit dem guten Einvernehmen gehindert werden? Besonders unangenehm werden die Strafen wegen Widerstandes oder Reden unruhmischer Kohlen empfunden, weil die Verhältnisse dabei nicht berücksichtigt werden; Klotz- und Gehirnerkranknisse, Strecken usw. Bei der Gebührensatzung haben die Arbeiter etwas zu bestimmen. Was ist die Einkommensgrenze, wenn sie sich selbstbestimmen aus. Der Betriebsführer erklärt einfach, dabei nichts und damit basta. Der Weg zu Straft II ist leicht mit wollen und leeren Köpfen herauf zu kriegen, daß die Arbeiter mit ihrem Gedächtnis usw. Kleinerigkeiten machen müssen. Die Lampen müssen besser in Ordnung gehalten werden, die Nebenzuschüsse sind doch genau. Die Lebensmittel können an mehreren Stellen zur Ausgabe gelangen, damit die Arbeiter nicht so lange zu warten brauchen. So ließe sich weiter ein Mangelstand an den anderen reifen. Kann es denn aber anders sein? Wollten es die unruhmwilligen Arbeiter besser?

Recht Gumbel. Die nach arbeitsfähigen Bergmännern sind hilfsdienstpflichtig, soweit sie nicht über 60 Jahre alt sind, sie können sich aber eine angemessenere oder besser bezahlte Beschäftigung suchen, wie auf den Bechen. Um nun diese Bergmännern für die Veranlassung zu gewinnen, wird auf Gumbel ein dringliches Mittel angewandt: man entzieht ihnen die Werkstätten. Entweder Vogel frey oder nicht! Danach haben die Bechen immer verfahren, und das Vorkommen der Beche Gumbel kann daher nicht übersehen. In ihrer Mehrheit haben es besonders die Bergmännern auch nicht besser gewollt, denn sie handeln immer so, wie es die Bechen wünschen. Die Bechen der Organisation fern, wählen die Bechenfondaten. Ist die werkschuldliche Beche wie. So machen sie sich in jeder Beziehung selbst den Bechen dienlich, hindern und hemmen den Lohnkampf der organisierten Arbeiter. Diesen Katern entzieht der Lohn, den sie von den Bechen erhalten. Wer nicht hören will, muß fühlen. Zu bebauern sind nur die organisierten Kameraden, welche für die Unterlassungsfünden der Unorganisierten mitbüßen müssen.

Sehr Mathias Einnes 3 und 4. Die Arbeiter dürfen hier erst mit dem letzten Kohd vor Beginn der Seilfahrt ausfahren, können folglich nicht früh genug den Schalterdienst aufnehmen, so daß oft ein großes Gedränge entsteht und die Arbeiter ungewöhnlich lange warten müssen. Die Kette, welche vom Flur herunter zur Wagschule führt, ist zu wenig beleuchtet, so daß die Arbeiter stark gefährdet werden. In der Wagschule selbst fehlt es an Platz, ein Wagen ist nicht da, alles hängt sich durcheinander, die gewöhnlichen Arbeiter werden von den unorganisierten wieder behindert, und dabei laufen die Bechen nicht einmal regelmäßig. Das sind doch ganz unheilbare Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Königreich Sachsen.

Lubenborfer Kohlenwerke (Hroburg). Am 7. Dezember war hier die Erweiterung in den Brüchen so schlecht, daß Kameradschaften ausfahren, weil sich der Steiger Neumann nicht sehen ließ. Der Obersteiger Neuhaus kam ihnen entgegen und sagte sie schon von weitem mit groben Worten an. Ohne zu fragen, was los war, sagte er: „Nun, was wollt ihr denn alle draußen? Ich befrage euch alle mit 3 Mark, wenn ihr nicht alle gleich wieder einfaht!“ Als ihm gesagt wurde, daß die Erweiterung nicht anreize, versprach er, sofort einzufahren und nachzusehen, wo es fehle. Er fragte in den einzelnen Betriebspunkten aber nur, ob Brand da sei und ging gleich wieder, ohne die Arbeiter gehört zu haben. Dabei hat der Ventilator schon 5 Tage versagt. Die Arbeiter können bei der schlechten Erweiterung kaum atmen, ihre Gesundheit wird ruiniert, und da sagt der Steiger Neuhaus noch, die Wände wollten ausfahren, weil es schlecht brennt. Und wenn Arbeiter infolge dieser schlechten Erweiterung einmal ausfahren müssen, dann sagt Steiger Grob: „Die haben bloß keine Lust zum Arbeiten, die sind zu faul, die wollen kein Geld verdienen, die verdienen noch zuviel, die müssen wieder hinaus in den Schützengraben.“ Dabei beträgt der Schichtlohn nur 4,20 Mark und der Gehn gelohnt 7,50 bis 8,50 Mark pro Schicht. Wegen des schlechten Brandes gingen drei Arbeiter nach Hause und wurden darum mit je 2 Mark bestraft. So wird mit den Arbeitern umgelacht. Schuld daran sind aber hauptsächlich nur die Unorganisierten, die es nicht besser haben wollen, sonst würden sie sich längst unserem Verbande angeschlossen haben.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Friedrichshöhe (Oberschlesien). Vorstich ist die Mutter der Welt. So denkt anscheinend die Grubenverwaltung, denn sie hat, am 11. Oktober eine Befragung der Gruben durch das Oberbergamt stattgefunden, drei Arbeitsplätze, und zwar Kohlen, nummer 8, 27 und 28, mit weiteren Vorschlägen. Warum diese Befragung? War da etwas nicht in Ordnung, was den Herren von der Bergbehörde verborgen bleiben sollte? Es muß wohl so sein. Als aber die Bergbehörde der Gruben den Rücken gefehert hatte, wurden die Vorschläge abgelesen und die „gestundenen“ Nummern mit Arbeitern belegt, ohne daß irgend eine Befragung erfolgt war. — Am 13. November verunglückte ein Arbeiter ziemlich schwer. Um 5 Uhr nachmittags wurde er zu Tage gebracht und im Badehaus der Oberhauer auf eine Wank gelegt. Dort hat man ihn 5 Stunden liegen lassen, denn um 10 Uhr abends wurde er erst mittels Krankenwagen in das Lazarett geschafft. — Unlängst berichteten wir, daß Steiger Wolke Arbeitern gedroht hatte, sie in den Schützengraben zu bringen. Seit dem Erscheinen unserer Zeitung hat er diese Drohung unterlassen. Nunmehr ist sie aber dem Steiger Grotzsch geblieben geblieben. Wir fragen noch einmal, ist denn der Schützengraben ein Platz für Sträflinge? Fast scheint es so, denn der Ton läßt sofort erkennen, daß eine Drohung ausgesprochen werden soll. — Wir möchten die Aufmerksamkeit der Grubenverwaltung auf die Temperatur im Badehaus lenken. Sie ist alles andere, nur nicht angenehm. Die Leute kommen mit durchdringenden Schweiß aus der Grube und stehen dann zähneklappernd beim Umkleiden im Badehaus. Auch die Temperatur des Wadenwassers schwankt sehr. Einmal ist es eiskalt, das andere Mal zum Verbrühen heiß. — Von der Grubenverwaltung sind viele Leute rekrutiert, die früher ein Vergewalt nur von außen zu sehen und mit einer gewissen, nicht näher zu bestimmenden „Mischung“ auf die Bergarbeiter herablickten. Der Krieg hat in der Aufstellung dieser Leute eine Veränderung hervorgerufen. Sie betrachten nunmehr das Bergwerk als Rettungsflucht. Auf der anderen Seite ist aber der Arbeiter zu verstehen, daß Leute, die von Jugend an als Bergarbeiter tätig waren, also ihr Handwerk sehr wohl verstehen, vor der Veranlassung zur Eingliederung freigegeben wurden. Zur Erhöhung der Arbeitsleistung trägt derartige Verhalten nicht bei, aber zur Arbeiterbeziehung sehr.

Sargheist und Reichslande.

Grube Dubrowitz. Seit 8 Monaten sind hier teilweise neue und größere Wagen eingeführt worden. Die alten Wagen haben einen Inhalt von 5,50 hl, die neuen von 6,45 hl. Die neuen Wagen sind also um 0,95 hl größer wie die alten, und man sollte es für selbstverständlich halten, daß auch die Bedinge dementsprechend erhöht wurden. Das ist aber leider nicht geschehen und muß daher unbedingt nachgeholt werden. Es ist doch wirklich nicht angängig, gerade in dieser Zeit unzureichender Ernährung höhere Leistungen ohne entsprechende Bedingungsänderung zu beanspruchen. Bedauerlich ist, daß wir noch an dieser Stelle darauf aufmerksam machen müssen.

Grube Seinitz. Die Arbeiter haben hier monatlich ein bestimmtes Quantum Mehl erhalten, das aber immer kleiner wurde und im November ganz ausfiel. Als sich ein Auslieferungsmittel für Mehl bei dem Inspektionssekretär J. befragte, gab dieser eine ungeschickte und höflich-grobe Antwort, die wir aus Mitleidsgründen an dieser Stelle nicht wiedergeben wollen. Wenn schon der Inspektionssekretär eine solche Umgangsweise führt, dann läßt das allerdings Schlüsse zu. Beim Gebührensatzung sagte der Jahrsieger J. zu einer Kameradschaft, die trotz allen Fleißes auf das schlechte Gedinge nichts verdienen konnte: „Wenn ihr keinen Lohn verdient, geht ihr mit 7,50 Mark nach Hause.“ Eine solche Vergewaltung wirkt doch nur erbitternd. Die Verbraucher haben zwei Monate 7,50 Mark pro Schicht erhalten. Am 1. Dezember sollen sie aber nur 7 Mark bekommen. Ist denn 7,50 Mark gut? Oder hat die Regierung nachgelassen? Offenlich sehen die verantwortlichen Stellen einmal nach dem Mehl.

Grube Neben. Ueber Steiger Schuler in Abteilung 12a geht uns eine Beschwerde zu, die eine Nachprüfung erfordert. Danach hat dieser Beamte eine Umgangsweise, die beleidigend und erbitternd wirkt und unter geübten Menschen nicht üblich ist. So kam er am 18. Dezember 1917 auf einen Anfallager los, den er in, sagen wir mal, barischen Tone für verächtlich und als Faulenzer erklärte. Damit nicht genug, verlegte er diesen Arbeiter am 19. November in den Abbau. Der Arbeiter geriet über diese ungläubliche Behandlung in eine derartige Erregung, daß er nicht arbeiten konnte und aussetzen mußte. Auf seine Bitte wurde er zwar vom Betriebsführer in eine andere Abteilung verlegt, aber damit kam die Angelegenheit nicht erledigt sein. Der Bürger denn dafür, daß dieser Steiger nicht bei nächster Gelegenheit andere Arbeiter in gleicher oder ähnlicher Weise anfaßt? Das geht doch nicht, und darum muß gefordert werden, daß sich Gleiches und Ähnliches nicht so leicht wiederholen kann. — Die Lohnveränderungen müßten auch besser durchgeführt werden, damit vor allen Dingen die großen, ungeschicktesten Lohnunterstützten vorstünden. Gehaltshöhe von 7 Mark und weniger dürften nicht mehr vorkommen. Eine monatliche Löhne für Arbeiter und Nachrichter von 6,00 und 7,50 Mark. — Ein Arbeiter hatte hier auf 24 1/2 Schichten einschließlich Zulagen 21,57 Mark verdient. Er erhielt 60 Mark Mehl, 10 Mark die Zulage für Grotzsch, Knappschäftsgeld, Karosfahne, Mehl, Wassergeld, Steuern, Licht und Pfändung waren aber so hoch, daß noch eine Restschuld von 19,25 Mark blieb. Der Arbeiter ist also völlig auf dem Trocknen. Wozum soll er leben? In solchen Fällen müßten doch Verbesserungen getroffen werden, daß den Arbeitern und ihren Familien die Existenzmöglichkeit nicht gänzlich unterbunden wird.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zur Beitragsfrage.

Durch die fleißige Arbeit unserer Kassierfunktionäre und Mitglieder ist es gelungen, unsern Verband im Laufe dieses Jahres um ein Bedeutendes zu stärken. Ueber 50.000 Neuanmeldungen brachte uns das Jahr, und es steht zu hoffen, daß die Unparteilichkeitsbewegung noch weiter so anhält. Alle diejenigen Kameraden, die in letzter Reihenfolge mitgeschritten haben, ein solches Resultat herbeizuführen können mit Befriedigung am Jahreszähltag einen Rückblick auf das Jahr 1917 werfen. Von dem Abschluß auf die getane Arbeit müssen wir dann aber in die Zukunft schauen. Wenn wir das tun, dann finden wir, daß unser noch viel Arbeit im Dienste unseres Verbandes harret. Zunächst sind noch Hunderttausende von unorganisierten Arbeitern für unsere Kampforganisation als Mitglieder zu gewinnen. Noch in vielen Bergen muß der Same der Organisation gesät werden. Es heißt aber nicht nur, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern es muß auch unsere Aufgabe sein, die neu gewonnenen Mitglieder zu tüchtigen Kämpfern zu erziehen. Ferner muß unser Verband so ausgebaut werden, daß er in der Lage ist, die großen Aufgaben, die seiner harren, zu erfüllen. Die Zukunft wird unsern Verband vor große Aufgaben stellen. Es braucht hier darauf hingewiesen zu werden, daß die Unterwerfer heute schon darauf hinarbeiten, damit nach Friedensschluß die Beine abgebaut, also gestürzt werden können.

Verbandsmitglieder! Der Jahresabschluss steht vor der Thür!

Jedes Mitglied muß dafür sorgen, daß die Beiträge für dieses Jahr bis zum 31. Dezember 1917 bezahlt sind. Das ist auch schon deshalb notwendig, weil in allen Bezirken dahin gestrebt wird, den Verband finanziell zu stärken. Es werden auch für das neue Geschäftsjahr neue Beitragsmarken ausgegeben. Deshalb nochmals: Zahlt die Beiträge, damit die Zahlstellentaxierer bis zum 15. Januar abrechnen können.

In der Unternehmerpresse, in Konferenzen und Zirkularen wird ange-deutet, daß ein Abbau der „sehr hohen Löhne“ im Interesse der Kon-furrenzfähigkeit der deutschen Industrie notwendig sei. Es wird nicht danach gefragt, ob auch die Kosten der Lebenshaltung gleich nach Frie-densschluß niedriger werden, sondern man redet nur von der Notwendig-keit, daß die Löhne sinken müßten. Da im Bergbau leider keine Tarif-verträge bestehen, so steht zu befürchten, daß die Vergleiche die Kürzung der Löhne am ehesten und stärksten zu spüren bekommen, wenn sie ihren Verband nicht ausbauen und stärken. Wir müssen deshalb kämpfen, und dies kann neben der Gewinnung neuer Mitglieder dadurch geschehen, daß die Beiträge eine Erhöhung erfahren. Schon im Hin-blick auf die Stellung, die unser Verband an der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung einnimmt, ist eine höhere Beitragsleistung unbedingt erforderlich, denn nach der Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1916 stehen wir mit der Beitragsleistung pro Mitglied im Jahresdurchschnitt an 36. Stelle. Daß hier Wandel geschaffen werden muß, sehen viele Mitgliederfreise ein, und wir vertreten deshalb kein Geheimnis, wenn wir darauf hinweisen, daß unser Verbandsvorstand den Bezirkskon-ferenzen, die jetzt im ganzen Verbandsgebiete stattfinden, den Antrag unterbreitet, daß alle vollqualifizierten Mitglieder vom 1. Januar 1918 ab in einer höheren Beitragsklasse zahlen. Wo es nur irgend möglich ist, da ist dahin zu wirken, daß alle Mitglieder in der höchsten Beitrags-klasse, d. h. 60 Pf. einschließlich Sozialbeitrag, zahlen. Außerdem bräuflichtigt der Vorstand, einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche und Mit-glied auszufordern. Der Extrabeitrag wird neben dem Sozialbeitrag in die Beitragsmarkte mit eingeschlossen. Da von diesem erhöhten Bei-trag nur die 14 Prozent für die Ortsverwaltung am Orte bleiben, so fließt der Rest, also 86 Prozent, dem Kampffonds zu und tritt dadurch eine wesentliche Stärkung unserer Verbandskasse ein.

Die Bezirkskonferenzen, die bisher stattfanden, haben den Vor-schlägen des Verbandsvorstandes nach eingehender Beratung fast ein-mütig zugestimmt. Auch in einer Reihe von Mitgliederberatungen ist die in Aussicht genommene Stärkung unserer Verbandskasse freudig begrüßt worden. Es steht nun zu erwarten, daß auch die übrigen Be-zirkskonferenzen das gleiche Ergebnis zeitigen, wie die bisher stattge-fundenen. Denn unsere Vertrauensleute und jüngeren Funktionäre ja-gen mit Recht, wenn die Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauernar-beiter, Holzarbeiter, Leberarbeiter, Friseurgehilfen, Gärtner, Buch-binder u. a. m. ihre Beiträge erhöhen, um ihre Verbände finanziell zu stützen, dann ist das in unserem Verbands auch untes und notwendig. Glücklicherweise haben dies ein Teil unserer Mitglieder schon jetzt ein-gesehen, denn in den letzten Monaten hat die Zahl derjenigen Mit-glieder, die in der höchsten Beitragsklasse zahlen, mehr und mehr zuge-nommen. Während im ganzen Jahre 1916 in der höchsten Beitrags-klasse 114 906,80 Mark eingekommen wurden, brachten uns die ersten neun Monate dieses Jahres 130 362,20 Mark. Besonders hat sich in dieser Beziehung der Bezirk Zeitz hervorgetan. Der Markenaufschlag in der höchsten Beitragsklasse liegt von 4010 im Januar auf 5184 im Oktober. Das, was der Bezirk Zeitz bei den bedeutend niedrigeren Löhnen gegenüber dem Ruhrgebiet leisten kann, das müssen unsere Mitglieder in den anderen Bezirken, wo die Löhne höher sind, auch tun.

Es ergeht deshalb an alle Mitglieder die bringende Mahnung, dar-für zu sorgen, daß ihre Beiträge für das Jahr 1917 bis zum Jahres-schluß entrichtet werden, damit dann der Übergang ohne große Störung vollzogen werden kann. Wenn jedes Mitglied sich sagt, es muß alles geschehen, um zu rufen und den Verband leistungsfähiger zu machen, dann wird das gemeinsame Ziel gelingen. Dazu ein herzlich Glück-wunsch!

Kartoffelration und Gemüsepreise.

Eine Vertrauensmännerkonferenz unseres Verbandes für den Bezirk Essen richtete an das Kriegsernährungsamt folgende Eingabe:

Essen, den 20. November 1917.
Die am 18. November im Restaurant „Groß Essen“ tagende Kon-ferenz der Vertrauensmänner und Sachverständigen des Bergarbeiter-verbandes für den Bezirk Essen richtet das dringende Ersuchen an das Kriegsernährungsamt, die Kartoffelration auf mindestens 10 Pfund pro Kopf und Woche zu erhöhen.

Da andere Nahrungsmittel fast gar nicht zur Verfügung stehen ist es vollständig ausgedehnt, daß die Arbeiterschaft mit der 7-Pfun-d-ration auskommen kann.

Da wir eine langjährige Kartoffelernte hatten, ist es sehr wohl möglich, den Verbrauchern das gleiche Quantum zu gewähren, wie den Erzeugern.

Weiter protestieren die Vertrauensmänner ganz entschieden gegen die Preislage des Kriegsernährungsamtes, die die Preise für Gemüse ständig weiter in die Höhe treiben. Der Arbeiterschaft wird dadurch die Ernährung vollständig unmöglich gemacht.

Die Konferenz ersucht das Kriegsernährungsamt dringend, eine Senkung der Gemüsepreise herbeizuführen. Sie sieht auf dem Stand-punkt, daß das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes nicht davon ab-hängt, daß die Landwirte und der Großhandel hohe Gewinne erzielen, sondern davon, daß die Arbeiterschaft und Besondere die Arbeiter der Arbeiterschaft erhalten bleibt. Dies kann nur geschehen, wenn aus-reichend Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen herangeschafft werden. Mit vorzüglicher Hochachtung!

Darauf ging folgende Antwort ein:

„Berlin 8. den 20. November 1917.
Zu einer Erhöhung der Kartoffelration bin ich leider nicht in der Lage. Nach den vorläufigen Ergebnissen der gegenwärtig einer Nach-prüfung unterliegenden Ernährungsuntersuchungen erscheint es zweifelhaft, ob die in Bezug auf den Ausfall der Kartoffelernte gegebenen Erwar-tungen tatsächlich sich erfüllen werden. Jedenfalls stellt sich der heute in festgelegte Kartoffelbedarf der Volksernährung und der Kriegsernäh-rung schon bei Zugrundelegung eines Nockenopffalles von 7 Pfund unter Berücksichtigung eines weiteren Spundes als Kriegsgeld für die ent-fehlenden Erdmünderläufe an die Kartoffelratione so stark Anfor-derungen, daß die durch eine Erhöhung der Verbrauchsmenge bedingte neue Lieferungsanfrage von den Lieferbezirken tatsächlich nicht mehr aufgebracht werden könnte. Die Durchführung einer Herabsetzung der Wochenopffmenge würde aber auch an den bestehenden Verteilungs- und Betriebsverhältnissen, vor allem an dem Mangel verlässlicher Liefer-bahnen und an der Unmöglichkeit, während der Frostperiode die Ver-fürderung von Speisefertigstellen heranzuführen, scheitern. Da im übrigen mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß im Laufe des Wirt-schaftsjahres die Knappheit des Brotgetreides zu einer Erhöhung der derzeitigen Prozenzanteile des Brotgetreides zwingt, und daß an anderen Lebensmitteln Ausfälle eintreten, so muß aus den noch vor-handenen Kartoffelüberschüssen eine Reserve gebildet werden, um mit deren Hilfe kommende Bedarfslücken bedekt zu können.

Die Erzeugerhöchstpreise für Gemüse werden von der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die Groß- und Kleinhandelshöchstpreise von den Kommunalbehörden festgesetzt. Die ersteren müßten nach den ange-festigten Erhöhungen, wie geschehen, festgesetzt werden. Die Erhöhung der Handelspreise hat sich so bedauerlich das ist, wegen der erheblichen Steigerung aller Unkosten des Handels, insbesondere der Verluste auf dem Transport und des Schwundes, als notwendig erwiesen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Kartoffel zu Wucher-preisen in betrüblicher Menge zu haben sind. Diese werden doch auch mit der Eisenbahn herangeschafft! Der Wucherpreis zahlen kann, braucht auch sonst keine Not zu leiden. Solche Vorkäufe scheinen aber für die benachteiligten Stellen nicht zu bestehen.

Belegstättensammlung der Zeche Anna.

Am 2. Dezember fand im Saale der Wm. Serres zu Gelsenkirchen eine gut besuchte Belegstättensammlung der Zeche Anna statt. Der

Arbeiterausschuß erstattete Bericht über seine Tätigkeit seit der letzten Belegstättensammlung im Januar d. J. S. Besonders wurde über die Bemühungen in der Lohn- und Lebensmittelfrage berichtet. Es konnte nachgewiesen werden, daß im Laufe des Jahres der Lohn fast doppelt so hoch wie im Jahre 1916 betragen hat. Die Lebensmittelpreise sind ebenfalls um etwa 30 Prozent gestiegen. Dies habe je ne Ursache besonders darin, daß dem Ausfuhr kein Kontrollrecht zugestanden wurde.

Die Aussprache war eine sehr reger. Sämtliche Redner erkannten an, daß der Ausschuß seine Tätigkeit voll und ganz getan habe, und sprachen dafür ihren Dank aus. Es wurde u. a. ausgeführt, daß die Frauenarbeit zurzeit leider nicht zu entbehren sei, nach dem Freige-lände aber zu wünschen, daß die Frauen wieder von den Betrieben ver-schwänden. Allgemein wurde über die hohen Lebensmittelpreise ge-sprochen, die auch von den Besuchen geordert werden, so z. B. für ein Pfund Butter oder Leberkäse 4 Mark. Auch der Wucher wurde sehr verurteilt und eine strenge Bestrafung verlangt. Besonders wurde eine bessere Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande verlangt.

Die Löhne seien im Verhältnis zu diesen ganz unglaublich hohen Lebensmittelpreisen viel zu niedrig und bedürften der sofortigen Aufbesserung. Es müsse auch verlangt werden, daß mehr Kartoffeln gelie-fert werden und zwar mindestens 10 Pfund pro Kopf und Woche. Was bei der guten Ernte auch möglich sei. Auch müsse mehr und bessere Seife für die Bergarbeiter angeliefert werden, dies sei im Interesse der Gesundheit der Bergarbeiter dringend notwendig. Schließlich sei es notwendig, daß denjenigen Belegstättensammlern, die in der Zeche noch elektrische Licht hätten und auf Petroleum angewiesen seien, mehr Petroleum geliefert würde, da sonst die Gefahr bestehe, daß si-nicht mehr zur Arbeit gehen können.

Weiter wurde berichtet, daß ernstlich versucht wird, Mindehlöhne einzuführen, wenn es in England möglich sei, so müsse es auch hier geschehen.

Es wurde auch kritisiert, daß die städtischen Lebensmittel in un-genügender Menge angebot werden. Sodann wurde noch härterer Klage geführt, daß die Lebensmittelverteilung an den Löhnen und So-zialleistungen zu spät erfolge. Endlich wurde noch verlangt, daß für die folklophischen Feiertage an denen gearbeitet würde, auch Brotzufuhr keine Verhinderung werden, ordentlich solle an diesen Tagen nicht mehr angesetzt werden. Nachstehende Entschlüsse wurden ein-mütig angenommen:

1. Am 2. Dezember 1917 im Saale der Wm. Serres in Gelsen-kirchen tagende Belegstättensammlung der Zeche Anna beantragt den Arbeiterausschuß, bei der Besetzung der Belegstättensammlung zu werden, daß sofort eine Erhöhung der Löhne eintritt, da infolge der ständig zunehmenden Teuerung es den Arbeitern nicht mehr möglich ist, bei den jetzigen Löhnen durchzukommen. Weiter wird gefordert, daß mehr und bessere Seife geliefert wird, da dies im Interesse der Ge-sundheit der Bergarbeiter dringend notwendig ist. Sodann wird gefordert, daß für die landlophischen Feiertage an denen gearbeitet wird, Brotzufuhr über 1 Pfund vorausgesetzt werden, da die Volklophische Zeche Anna als Lebensmittelverteilung. Gegenüber soll der Bedarf an ei-ßen werden. Sollte die Verteilung nicht ausreichen, so würde die Ver-teilung zu erhöhen müssen, für die Folge an den landlophischen Feiertagen auszuführen.

2. Die am 2. Dezember 1917 im Saale der Wm. Serres in Gelsen-kirchen tagende Belegstättensammlung der Zeche Anna beantragt den Arbeiterausschuß, bei der in Frage kommenden Belegstättensammlung zu werden, daß die Belegstättensammlung den Belegstättensammlung wiederholt werden. Ferner daß den 7 Pfund wöchentlich mindestens ein Pfund Speisefertigstellen geliefert werden, da es der Knappheit der Lebens-mittel mindestens die Kartoffeln reichlicher gegeben werden müssen, was ja auch unter der Woche möglich ist, da die Kartoffelernte eine ho-here sein kann. Weiter wird verlangt, daß eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise herbeizuführen, da dieselben ganz unrichtig hoch an-gesetzt sind. Die Belegstättensammlung, in der kürzeren Zeit, wo Deutschland um seine Erziehung ringt, alles zu tun was ihm möglich ist, um den Arbeitern ein gutes Leben zu sichern. Dies wird der Ver-trauensmännern empfohlen, wenn sie auch die allerniedrigsten Lebens-mittel in solcher Menge ausgeben werden, daß sie dabei arbeitstähig bleiben und wenn die Preise so gestiegen sind, daß die Arbeiterschaft auch in der Lage ist, dieselben zu erhalten. Weiter wird gefordert, daß mehr und bessere Seife geliefert wird, da dies im Interesse der Ge-sundheit der Bergarbeiter dringend notwendig ist. Auch muß dem Bergmann es möglich gemacht werden, eine bessere Verteilung zu erhalten, da es ihm sonst kaum noch möglich ist, zur Arbeit zu kommen.

Belegstättensammlung der Zeche Konstantin 10.

Am 2. Dezember fand eine Belegstättensammlung dieser Zeche statt, an welcher auch die Mitglieder der Zeche Konstantin 10 teil-nahm. Die Besprechung wurde von der Zeche Konstantin 10 geleitet. Die Besprechung wurde von der Zeche Konstantin 10 geleitet. Die Besprechung wurde von der Zeche Konstantin 10 geleitet.

Wissard vor dem Schlichtungsausschuß Gelsenkirchen.

Die öffentliche Sitzung am 20. November 1917. Zum Antrage des Arbeiterausschusses des Kleinhandelsbergs Gref Wissard vom 13. Oktober 1917.

1. Der Arbeiterausschuß beantragt, die Bedinge derart zu setzen, daß ein Durchschnittslohn von 12 Mark erzielt wird, ausschließ-lich der Zuschlag zu anderen Zulagen. Die Bedingenerhöhung wurde bereits für Oktober der Bedinge derart erhöht, daß dieser Durch-schnittslohn erreicht werden sollte. Da nunmehr die Bedinge derart erhöht sind, so müssen die Bedinge derart erhöht werden, daß ein Durchschnittslohn von 12 Mark erzielt wird. Bei gleichbleibenden Leistungen werden also im November die Leistungen 12 Mark erreicht werden.

Schlichtungsausschuß ist der Ansicht, daß der Rückgang der Leistung nicht allein von der Preissteigerung zu vertreten ist, und hält es für ange-messen, daß der Ausfall im Oktober durch erneute Regelung der Be-dinge im November ausgeglichen werde, so daß die Wünsche der Be-legstättensammlung erfüllt werden. Das scheint umsomehr geboten, als auf Schicht III von Graf Wissard der Durchschnittslohn nicht unerheblich höher ist.

2. Der Arbeiterausschuß erklärt sich bereit, wenn die gefor-derten Erhöhungen der Soziallöhne um 50 Pf. bis 1 Mark, einschließ-lich der Zulagen von Oktober, im Dezember erreicht werden. Die Besen-berverwaltung weiß demgegenüber auf die bereits im Oktober bewilligten Zulagen E n und will weitere Zulagen nicht machen.

Schlichtungsausschuß hält mit Rücksicht auf die Lohnverhältnisse auf den anderen Zechen des Bezirks auch diese Forderung des Arbeiter-ausschusses für angemessen.

3. Der Antrag auf Erhöhung des Mindestlohnes wird der Arbeiter-ausschuß als noch Lage der Verhältnisse auszusprechen gürde.

Saargebiet und Reichslände.

Rechtsaufstellungen auf Saargruben.

Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß auf dem sta-tistischen Gruben des Saargebietes unter den Beamten die Meinung be-steht, bei der Bedingenerhöhung habe nur der Mannrabchastsälteste mitzubereiten. Demgegenüber befinden sich jetzt Zahl- und Arbeiter. Man soll so etwas nicht für möglich halten, und es wird darum die höchste Zeit, daß der Saarländische Reichsausschuß die hier notwendige Rechts-belehrung erteilt werden läßt.

Auch im Bergbau beruht das Rechtsverhältnis zwischen Werks-besitzern und Arbeitern auf dem Grundsatze des freien Vertrages, den namentlich das Allgemeine Berggesetz vom 24. Juni 1865 übernommen hat, indem es die zivilrechtlichen Vorschriften über Verträge als maß-gebend erklärt und im übrigen die Bestimmungen über die Rechtsver-hältnisse der Bergleute dem Gewerberecht anpaßt. Nach § 106 der Gewerbeordnung muß ein Vertrag auf gegenseitiger freier Verein-barrung beruhen.

Im Saarbergbau besteht nun nicht der Kollektive, sondern der in-dividuelle Arbeitsvertrag, d. h. jeder einzelne Arbeiter hat für sich das Bestimmungsrecht. Demzufolge hat auch jeder einzelne Arbeiter bei der Bedingenerhöhung mitzubereiten und mitzubestimmen. Und wer hier davon hindert, macht sich einer Gesetzesverletzung schuldig. Staats-gerichte sollen Mannrabchastsälteste sein, und da dürfen solche Geset-zerletzungen nicht vorkommen.

Mit der nachstehenden Rechtsbelehrung muß also bald begonnen werden. Von Anfang an muß man mit dem Arbeiter und dem Ober-bergschreiber von der Grube reden. Beide haben von der bestehenden Bedingenerhöhung keine Ahnung, sonst könnten sie nicht Arbeiter anfangen und mit Vertrag eingehen. Die von ihm mit Vertrag eingegangene Ver-träge müssen wieder werden. Was sollen einschichtige Arbeiter von solchen unwillkürlichen Beamten halten? Darauf läßt sich denn das Ansehen der Beamten? Etwa auf ihre Unwissenheit in so einfachen Rechts-fragen? Darauf braucht sich der Staatsrat nicht einzubilden.

Süddeutschland.

Ausführung auf St. Ingbert.

Am 27. November fand auf der Grube St. Ingbert eine Arbeiter-ausschussung statt, in der auf Antrage des Arbeiterausschusses der Vorsitzende, Bergarbeiter Speisbauer, erklärte, die Durchschnittslohn auf St. Ingbert läßt sich nur wenig hinter dem des Saarlandes zu-rück. Im September habe der Durchschnittslohn der eigentlichen Berg-arbeiter, einschließliche Feuerungslohn, 10,27 Mark, im Oktober 10,31 Mark betragen. Die Mannrabchastsälteste, welche noch bestehe, werde auch noch durchgeführt werden.

Auf die Anfrage des Arbeiterausschusses bezüglich der Kostenver-fahrung der Vergleiche, erklärte der Vorsitzende, daß er in dieser Frage nicht befragt sei, selbständig zu handeln. Er werde sich aber mit der ausländischen Stelle telegraphisch in Verbindung setzen und den Ausschuß über das Ergebnis verständigen.

Dann kam es über die Wohnungsfrage zu einer eingehenden Aus-sprache. Der Vorsitzende erklärte die vom Ausschuß vorgetragene Forderung über die Wohnungsfrage als berechtigt an und ver-trat sich darüber mit der Königl. Generaldirektion ins Einvernehmen zu setzen und alles zu tun, um den Arbeiterwünschen entgegenzukom-men.

Zur Besprechung wurde vom Arbeiterausschuß angeregt, daß den Bergarbeitern mehr Arbeit überlassen werden sollte. Der heutige Zu-stand sei unannehmlich. Der Vorsitzende versprach, alles zu tun, was mög-lich ist, um den 5-rechtigen Arbeiterwünschen entgegenzukommen. Dann beantragte der Arbeiterausschuß für 1918 die Lohnzahlung auf bestimmte Tage zu verlegen. Es wurde zugestimmt, daß die Lohn-zahlung am 6. und 22. eines jeden Monats erfolgen soll. Fällt einer dieser Tage auf einen Sonntag, dann erfolgt die Lohnzahlung am vor-hergehenden Tage. Es ist auch beabsichtigt, eine Schuhreparaturstelle für die Vergleiche einzurichten. Nach Erledigung einiger kleiner An-fragen trat Schluß der Sitzung ein.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 16. bis 22. Dezember 1917) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Am Licht und Heizungsmaterial

zu sparen, ist auf unserem Hauptbureau von Montag, den 10. Dezember ab, die durchgehende Arbeitszeit eingeführt. Das Bureau ist nur bis nachmittags 4 1/2 Uhr geöffnet. Unsere Funk-tionäre und Mitglieder wollen dies bitte beachten.

Trotz wiederholter Aufforderung laufen bei uns noch immer Beschwerden darüber ein, weil die Zeitungspakete den Ortsver-waltungen nicht rechtzeitig zugestellt werden. Vielfach erheben auch die Mitglieder Beschwerden, daß ihnen die Voten der Zei-tung zu spät bringen. Es wird von uns verlangt, daß wir die Hilfe schaffen sollen. Darauf sei mitzuteilen, daß die Zeitungspakete regelmäßig jeden Montag nachmittags zwischen 5-6 Uhr hier zur Post gehen werden. Die verspätete Zustellung liegt also nicht im Verschulden unserer Expedition, sondern ist auf die mangelhaften Verkehrsverhältnisse zurückzuführen. Wir bitten alle Funktionäre und Mitglieder, darauf Rücksicht zu nehmen.

Die nächste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ kommt wegen des Weihnachtstages schon am Samstag, den 22. Dezem-ber zum Versand. Die Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 5. Januar 1918 geben wir am 29. Dezember zur Post.

Am Montag, den 24. und 21. Dezember, wird unser Haupt-bureau schon nachmittags um 2 Uhr geschlossen.

Bücherempfehlen.

Bergarbeiter. Vom 20. bis 20. Dezember.

Rückstellungen.

Länern. Die Wanderrückstellungen sind wieder eröffnet. Die Bücher können beim Kameraden Moll abgeholt werden.

Kranzpendemarken.

Lindenhorst. Im Monat Dezember sind 6 Kranzpendemarken je 5 Pf. zu haben.

Wohlfühländerungen.

Gelsenkirchen IV. Der Knappschichtälteste, Kamerad Andr. Risch, befindet sich in Krankenhaus und wird durch Kamerad Bernhard Lohf-hofer, Wilhelmsstraße 107, vertreten. — Das Krankengeld wird bis auf weiteres beim Kameraden Joh. Bild, Sophienstraße 31, ausgezahlt.

Achtung, Ortsverwaltungen!

Bestellungen auf Taschen-Kalender können nicht mehr angenommen werden. Die erste Auflage ist ver-griffen, eine zweite kann wegen Mangel an Rohmaterial nicht hergestellt werden. G. Hansmann & Co.